



**Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen**

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211 • 4587-1
Telefax 0211 • 4587-291
E-Mail: info@kommunen-in-nrw.de
Internet: www.kommunen-in-nrw.de

Aktenzeichen: III N 5
Ansprechpartner:
Beigeordneter Gerbrand
Hauptreferent Thomas
Durchwahl 0211 • 4587-241/-233

Je besonders an die

1. Mitglieder des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr
2. stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr
3. ständigen Gäste

14. April 2014

**Niederschrift
über die
108. Sitzung des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr
am 9. April 2014 in Weeze**

I. Teilnehmer

1. Ordentliche Mitglieder:

Fraktionsvorsitzende	Altenhein	Sprockhövel
Bürgermeister	Francken	Weeze
Bürgermeister	Jansen	Hückelhoven
Stv. Fraktionsvorsitz.	Krüger	Neuenkirchen
Ratsmitglied	Reuschenbach	Rösrath
Bürgermeister	Steingröver	Ibbenbüren
Beigeordneter	Thome	Gummersbach
Bürgermeister	Zillikens	Jüchen

2. Stellvertretende Mitglieder:

Beigeordneter	Büscher	Much
Fraktionsvorsitzender	Dreiner-Wirz	Lindlar- Brochhagen
Fraktionsvorsitzender	Laakmann	Moers
Stellvertr.Bürgermeisterin	Nick	Unna
Bürgermeister	Dr. Schulze Pellengahr	Velen

3. Ständige Gäste:

Vorstandsmitglied	Pagenkopf	Landesbetrieb Straßenbau
Bürgermeister	Kellinghaus	Mettingen

4. Gäste:

Geschäftsführerin Bevollmächtigter des Vorstandes	Christine Fuchs Ottmar Haardt	AGFS TÜV Rheinland
Prokurist BM Geschäftsführer	Michael Gertmann Lothar Mittag Wessel	TÜV Rheinland Rheden ExperConsult

5. Geschäftsstelle:

Beigeordneter Gerbrand
Hauptreferent Thomas

6. Vorsitz:

BM Francken, Weeze

(Teilnehmerliste ist beigefügt **Anlage 1**)

II. Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 107. Ausschusssitzung am 17.10.2013
2. Handlungsansätze fußgänger- und fahradfreundlicher Kommunen
BE: BM Lothar Mittag / GF Christine Fuchs, AGFS
3. Intelligentes Straßenerhaltungsmanagement
BE: Ottmar Haardt, TÜV Rheinland
4. Realisierung kommunaler Forderungen zu Straßeninfrastrukturen
BE: Geschäftsstelle
5. Wirtschaftsflächen der Zukunft
 - Neues Positionspapier des StGB
BE: Geschäftsführer Markus Wessel, ExperConsult
 - Jahreskongress der Kommunalen Wirtschaftsförderung in Moers
BE: Geschäftsstelle
6. Verschiedenes
 - DStGB Fahrradkongress
 - Partnerschaftsvereinbarung EU-Förderung
 - Kongress Elektromobilität in Kommunen
 - Umfrage zu Auswirkungen von Straßenengpässen für die wirtschaftliche Entwicklung
 - Gemeindegkongress 20.11.2014
 - Runder Tisch Breitband NRW
 - Infrastruktur-Initiative „Allianz für Deutschland“
 - Wirtschaftsförderung und betriebliches Mobilitätsmanagement
 - Zeit und Ort der 109. Sitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt BM **Francken**, Weeze, die Teilnehmer und die Gäste und leitet die weitere Sitzung, weil sowohl der Ausschuss-Vorsitzende, Beigeordneter

Rötters, Moers sowie sein Stellvertreter, Bürgermeister Röger, Lohmar, entschuldigt sind. Flughafengeschäftsführer **van Bebber** skizziert kurz einige wirtschaftliche Aspekte des Flughafens Weeze.

Der Airport Weeze (NRN) ist mit rund 2,5 Mio. Passagieren in 2013 der drittgrößte Flughafen in NRW. Der Flughafen, der am 1. Mai 2003 den Linienflugbetrieb aufnahm, ist einer der jüngsten Flughäfen Europas. Der internationale Verkehrsflughafen liegt im Kreis Kleve unmittelbar an der niederländischen Grenze. Hauptkunde des niederrheinischen Flughafens ist die Low-Cost-Airline Ryanair, die den Flughafen zur zweitgrößten deutschen Basis ausgebaut hat. Insgesamt sind zwei Airlines in Weeze tätig. Rund 1.200 Beschäftigte sind am Flughafen und den hier angesiedelten Firmen und Behörden beschäftigt. Das Flughafenareal und das angrenzende Logistik- und Gewerbegebiet - die Airport City Weeze - umfassen 620 ha.

Bürgermeister **Francken** berichtet über die weitreichenden Konsequenzen, die die Schließung der „airbase Laarbruch“ für die Gemeinde Weeze bedeutet haben. Dadurch hätten in relativ kurzer Zeit 6.300 Menschen die Gemeinde Weeze und die Stadt Goch verlassen und ca. 1.000 Wohnungen leergestanden. Viele wurden mit Konversionsmitteln abgerissen.

TOP 1: Genehmigung der Niederschrift über die 107. Sitzung am 17. Oktober 2013 in Drolshagen

Die Niederschrift über die 107. Ausschuss-Sitzung am 17.10.2013 in Drolshagen wird einstimmig und ohne Änderungen genehmigt.

TOP 2: Handlungsansätze fußgänger- und fahradfreundlicher Kommunen BE: BM Lothar Mittag / GF Christine Fuchs, AGFS

Die **Berichterstatter** stellen dar, dass die AGFS in Laufe ihres etwa 20jährigen Bestehens auf inzwischen 72 Kommunen (13 Kreise, 55 Städte, 4 Gemeinden) angewachsen ist. Ziel der AGFS sei die Förderung der Nahmobilität, also die individuelle Mobilität vorzugsweise zu Fuß bzw. mit dem Fahrrad, aber auch anderen nicht motorisierten Verkehrs- bzw. Bewegungsmöglichkeiten. Neben der flexiblen und umweltfreundlichen Bewältigung der zahlreichen Alltagswege im Wohnumfeld habe die Nahmobilität auch gesundheitliche Aspekte. Die Vortragsinhalte sind den beigefügten Charts zu entnehmen (**Anlage 2**).

In der intensiven Ausschuss-Diskussion, die im Wesentlichen von Frau **Altenhein**, Frau **Fuchs** und Frau **Nick** sowie den Herren **Gerbrand**, **Jansen**, **Krüger**, **Laakmann**, **Reuschenbach** und **Thomas** geführt wird, werden Chancen und Konfliktpotentiale der Nahmobilität erörtert. Der Ausschuss fasst sodann einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Ausschuss unterstützt den vom Land und der AGFS entwickelten Ansatz einer bewegungsorientierten Verkehrsentwicklungsplanung auf der Grundlage einer breiten und nachhaltigen kommunalpolitischen Willensbildung. Ein gutes Instrumentarium hierfür sind zukunftsorientierte Mobilitätskonzepte für die Innenstädte und Ortskerne.

Hierzu gehören u.a. eine

- bewegungsfördernde innerstädtische Straßen-Infrastruktur,*
- sichere, barrierearme und komfortable Bewegungs- und Aufenthaltsflächen,*
- Vernetzung verschiedener Verkehrsträger mit einfachen Übergängen, sowie*
- Informationen für eine individuelle situationsgerechte Verkehrsmittelwahl im Nahbereich.“*

TOP 3: Intelligentes Straßenerhaltungsmanagement

BE: Bevollmächtigter des Vorstandes Ottmar Haardt, TÜV Rheinland,
Prokurist Michael Gertmann, TÜV Rheinland

Die Herren **Haardt** und **Gertmann** vom TÜV Rheinland erläutern die Zielsetzung eines intelligenten Straßenerhaltungsmanagements, den kurzfristigen Erhaltungsbedarf kommunaler Straßennetze zu bestimmen sowie eine Abschätzung des langfristigen Erhaltungsbedarfs zu ermöglichen. Hierzu sei die seit der letzten Zustandserfassung eingetretene Zustandsveränderung darzustellen und eine Prognose des Zustandes auf der Grundlage der zuletzt erhobenen Daten ohne Investitionen über einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren aufzustellen. Mit Unterstützung des TÜV Rheinland sei es möglich, dass jährliche Budget zur Beibehaltung des Status Quo zu ermitteln. Zudem könnten Prognosen über den Zustand bei der Investition eines vorgegebenen Jahresbudgets über einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren erstellt werden. Bezüglich der weiteren Ausführungen wird auf die beigefügten Charts verwiesen (**Anlage 3**).

TOP 4: Realisierung kommunaler Forderungen zu Straßeninfrastrukturen

BE: Geschäftsstelle

Beigeordneter **Gerbrand**, Geschäftsstelle stellt den bisherigen Diskussionsverlauf auf Bundes- und Landesebene dar. Er verweist auf die dem Ausschuss als Tischvorlage zur Verfügung gestellten aktuellen Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenz (**Anlage 4**), und hebt hervor, dass insbesondere die Ausführungen zur nachhaltigen Verkehrsinfrastrukturfinanzierung voll auf der Linie des Verbandes lägen und die im Beschlussvorschlag konkretisierte Positionierung widerspiegeln.

Der Ausschuss beschließt auf dieser Grundlage einstimmig folgendes:

„Der Ausschuss fordert die Landesregierung auf, sich weiterhin auf Bundesebene und im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz für die von der Bodewig-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland auch mittels eines Sondervermögens „Nachholende Sanierung“ einzusetzen.

Der Ausschuss unterstützt die Forderung der Verkehrsministerkonferenz, dass sich Planung, Ausführung und Instrumente zur Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur zukünftig am verkehrlichen Bedarf (und nicht an liquiden Mitteln) orientieren müssen. Dies bedingt neben den bereitzustellenden Planungsmitteln auch eine angemessene Personalausstattung auf Landesebene.

Qualifiziertes Personal und dessen Finanzierung ist auch Grundlage eines Intelligenten Kommunalen Straßenerhaltungs- und Aufbruchmanagements, das das Ziel verfolgt, die öffentliche Straßeninfrastruktur als Hauptvermögenswert in der Bilanz jeder Kommune für die künftigen Generationen zu erhalten.“

TOP 5: Wirtschaftsflächen der Zukunft

- **Neues Positionspapier des StGB**

BE: Geschäftsführer Markus Wessel, ExperConsult

- **Jahreskongress der Kommunalen Wirtschaftsförderung in Moers**

BE: Geschäftsstelle

Geschäftsführer **Wessel** skizziert angesichts der restriktiven Vorgaben des LEP-Entwurfs die Problematik, dass Kommunen häufig nicht mehr und schon gar nicht mehr kurzfristig auf Anfragen von Unternehmen nach Gewerbeflächen reagieren

können. Die weitere Verknappung von Flächen, dürfte in der Konsequenz zu erhöhten Grundstückspreisen führen.

Er weist auch besonders darauf hin, dass sich Kommunen in anderen Bundesländern verstärkt als Industriestandort positionieren und damit gezielt dem bisherigen Trend, vornehmlich auf Dienstleistungen und nicht störendes Gewerbe zu setzen, eigene Schwerpunkte entgegensetzen. Die Vortragsinhalte sind den beige-fügten Charts zu entnehmen (**Anlage 5**).

Hauptreferent **Thomas**, Geschäftsstelle verweist auf Einladung und Ablaufplan des Jahreskongresses Kommunale Wirtschaftsförderung 2014, der am 11. Juni 2014 in Moers stattfinden wird.

Der Ausschuss begrüßt in seiner Aussprache ausdrücklich das Vorhaben der Geschäftsstelle, das Thema „Wirtschaftsflächen der Zukunft“ angesichts der anstehenden Debatte um den Landesentwicklungsplan mit einem speziellen Positionspapier zu begleiten.

Er fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Grundlage einer erfolgreichen kommunalen Wirtschaftsentwicklung ist die ausreichende und nachfragegerechte Versorgung mit Gewerbeflächen. Dabei muss für die Zukunft sichergestellt werden, dass auch in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden quantitativ und qualitativ ausreichende Gewerbeflächen vorhanden sind und entwickelt werden können.

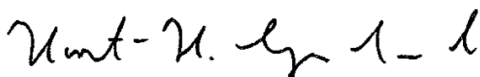
Vor diesem Hintergrund beauftragt der Ausschuss die Geschäftsstelle mit der Erarbeitung eines StGB-Positionspapiers zu Wirtschaftsflächen der Zukunft im kreisangehörigen Raum.“

TOP 6: Verschiedenes

- DStGB Fahrradkongress
- Partnerschaftsvereinbarung EU-Förderung
- Kongress Elektromobilität in Kommunen
- Umfrage zu Auswirkungen von Straßenengpässen für die wirtschaftliche Entwicklung
- Gemeindekongress 20.11.2014
- Runder Tisch Breitband NRW
- Infrastruktur-Initiative „Allianz für Deutschland“
- Wirtschaftsförderung und betriebliches Mobilitätsmanagement

- Zeit und Ort der 109. Sitzung
Vor dem Hintergrund der Kommunalwahl im Mai und des im November tagenden Gemeindekongresses erfolgte keine Terminfestlegung. Bei Bedarf wird in Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden eine Sitzung im Herbst stattfinden und der Termin rechtzeitig bekanntgegeben.

Die Vorberichte werden zustimmend zur Kenntnis genommen.



Horst-Heinrich Gerbrand



Roland Thomas